

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei fortwährender im Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Preisband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Porto-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Weite Straße 88b.

Die achtspaltige Nonpareil-Gesetz aber deren Raum kostet 2,- M. einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das Setzgebühren Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Langfristige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das Setzgebühren Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Geschäftsvermittlung: Zentrum 2030, 2645, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Preiserhöhung für Getreide beschlossen

Der Triumph der Landwirte

Berlin, 14. Juli.

Durch Verordnung vom 14. Juli 1920 hat vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die endgültigen Höchstpreise für Getreide aus der Ernte 1920 festgesetzt worden, nachdem bereits am 13. März 1920 Mindestpreise bekanntgegeben worden waren. In der Mindestpreisverordnung war bestimmt worden, daß die endgültige Festsetzung der Preise unter Berücksichtigung der bis dahin entstandenen Produktionskosten erfolgen sollte. Die auf Grund dieser Bestimmung vorgenommene Ermittlung der Produktionskostensteigerung führte zur Festsetzung eines Grundpreises von 1400 Mark für die Tonne Roggen, 1350 Mark für die Tonne Gerste und Hafer, sowie von 1540 Mark für die Tonne Weizen.

Trotz der ungeheuren Erregung, die die Absicht des Reichsernährungsministeriums auf Erhöhung der Getreidepreise bei den Verbrauchern hervorgerufen hat, ist — wie die vorstehende amtliche Bekanntmachung zeigt — vom Reichsernährungsministerium die Erhöhung der Preise vorgenommen worden. Zwar hat der Preis bewirkt, daß eine nochmalige Prüfung der ursprünglich in Aussicht genommenen Preise vorgenommen wurde und die Erhöhung geringer bemessen worden ist, als sie das Ministerium ursprünglich plante. Trotzdem ändert die jetzige Festsetzung der Preise nichts an der Tatsache, daß sie weit über das Maß hinausgeht, das durch die Steigerung der Produktionskosten der Landwirtschaft jährlich gerechtfertigt ist.

Wie der Reichsernährungsminister in seiner Reichstagsrede, so hat sich auch gestern in einer Pressebesprechung der Staatssekretär des Ernährungsministeriums auf die Festsetzungen der durch Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses eingeleiteten Indextommision berufen. Diese Kommission hat errechnet, daß die Steigerung der Produktionskosten von Januar bis Mai 51 Prozent betrug und hat für den Juni und Juli einen weiteren Zuschlag von 4 Prozent angenommen und infolgedessen den Steigerungssatz auf 55 Prozent festgesetzt.

Die von der Indextommision angewendete Methode ist aber höchst anfechtbar. Sie läßt die Tatsache vollkommen außer acht, daß ein erheblicher Teil der Aufwendungen der Landwirtschaft bereits im vergangenen Jahre unter wesentlichen niedrigeren Produktionskosten stattgefunden hat und es infolgedessen durchaus falsch ist, die gegenwärtig geltenden Preise für die Berechnung der Steigerung der Produktionskosten heranzuziehen. Die Methode, die die Indextommision angewendet hat, ist eine den Agrariern außerordentlich günstige, beziffert aber die Steigerung der Produktionskosten viel höher als sie in Wirklichkeit ist.

Trotzdem hat das Reichsernährungsministerium sich auf den Boden dieser Feststellung begeben und ungeachtet aller aus den Interessen der Allgemeinheit herrührenden gegen sie sprechenden Gründen eine wesentliche Erhöhung der Preise angeordnet. Auch die gegenüber den ursprünglichen Absichten verminderten Preise lassen die Tatsache vollkommen außer acht, daß auch für Getreide mit einer durchaus günstigen Ernte gerechnet wird und daß allein schon dadurch sich die Einnahmen der Landwirtschaft wesentlich vergrößern werden. Die im März d. Js. festgesetzten Mindestpreise waren ausdrücklich unter der Annahme eines durchschnittlichen Ernteertrages festgesetzt. Die damalige Mehrheit des Ausschusses entfernte die Bestimmung aus dem Entwurf, daß der Ausfall der Ernte bei der endgültigen Festsetzung der Preise berücksichtigt werde und diesem Gesichtspunkt hat jetzt der Reichsernährungsminister auch Rechnung getragen. Der Segen des Himmels wird also allein den Agrariern zugute kommen.

Für diese neue Belastung der Verbraucher sind alle diejenigen Parteien verantwortlich, die im März d. Js. die gewaltige Heraushebung der Preise gebilligt haben. Ihr damaliger Beschluß ist die Grundlage der jetzt eingetretenen weiteren Erhöhung. Die Rechtssozialisten sind also für diese Maßnahme genau so verantwortlich, wie die bürgerlichen Parteien. Sie waren es, die während ihrer Regierungszeit auch nur den Grundgedanken der Preispolitik verfochten haben und die Landwirte durch Gewährung höherer Preise zu bewegen suchten, ihre Erzeugnisse abzusetzen.

Das aber ist ein Trugschluss. Genau so wenig wie gegenwärtig die Agrar-Kartoffeln zur Ablieferung bringen trotz der außerordentlich hohen Preise dafür, genau so wenig tun sie das beim Getreide. Obwohl die Ernte infolge der günstigen Witterung bereits seit 14 Tagen im vollen Gange ist, ist noch nichts abgeerntet worden, so daß die Getreideversorgung fast nur auf den ausländischen Zufuhren beruht. Mit völlig berechtigtem Optimismus glaubt das Reichsernährungsministerium erwarten zu können, daß die erhöhten Preise dazu führen müssen, daß die Produzenten möglichst viel abliefern, und daß eine Einschränkung der Einfuhr und damit eine zukünftige Verbilligung der Gesamternährungskosten eintreten werden.

Zu dieser Annahme ist keine Veranlassung gegeben. Im Gegenteil, wenn die Regierung keine Maßnahmen ergreift, um die Landwirte zur Ablieferung der Erzeugnisse zu zwingen, so dürfte in wenigen Monaten trotz der erhöhten Preise erneut eine Störung der inländischen Getreidezufuhr zu erwarten sein.

Ueber die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung hat sich der Ernährungsminister kühl hinweggesetzt. Er versichert zwar, einen Teil des zu erwartenden Unternehmergewinns durch die Herabsetzung der Preise um 150 M. pro Tonne beseitigt zu haben, glaubt aber im übrigen mit der Versicherung, daß keine weitere Brotpreiserhöhung eintreten werde, die Massen beruhigen zu können. Sowohl die Berliner Gewerkschaftskommission, wie der Gewerkschaftsbund und die Afa haben in ihren Eingaben darauf hingewiesen, daß sie an eine solche Versicherung nicht glauben, und daß sie einem Verfahren, das dem Reiche die Kosten für die Erhöhung der Erzeugerpreise auferlegt für unverträglich halten mit den Erfordernissen einer geordneten Finanzwirtschaft, weil es doch nur eine neue Belastung der minderbemittelten Bevölkerung darstelle.

Es kann auch gar keinem Zweifel unterliegen, daß in absehbarer Zeit die Erhöhung des Brotpreises kommen wird, falls nicht die Massen entscheidend eingreifen. Denn da die Erzeugung der Landwirte durch die erhöhten Preise ebenso wenig steigt, wie die Ablieferung dieser Produkte, so wird die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide nach wie vor auf die ausländischen Zufuhren angewiesen sein. Ist das aber der Fall, so wird in einigen Wochen das Ernährungsministerium keinen anderen Ausweg kennen, als die neue Erhöhung des Brotpreises.

Für die Masse der Bevölkerung aber ist eine solche Politik unerträglich. Not und Entbehrung, Krankheit und Arbeitslosigkeit machen ihr Leben zu einer Plage. Millionen von arbeitenden Menschen wissen nicht, woher sie die Mittel zur Anschaffung der für das Leben unentbehrlichen Gegenstände aufbringen sollen. Ihren Forderungen nach Erhöhung der Löhne lehnt das Unternehmertum stärksten Widerstand entgegen. Die Ausgaben ihrer Lebenshaltung aber steigen dauernd.

Aus neue müssen sie deshalb mit aller Kraft den Kampf für die Erhöhung ihrer Löhne und für den Abbau der Preise aufnehmen. Aber es darf sich nicht auf diese Ziele beschränken. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist der Besitzlose stets das Objekt der Gesetzgebung. Seine Interessen werden vernachlässigt und die des Besitzes anerkannt. Die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehenden Elemente vermögen eine Steigerung der Erzeugung und eine bessere Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln nur in der Erhöhung der Preise für die Besitzer von Grund und Boden zu erblicken, während jetzt gerade das Privateigentum zu einem Hemnis der gesellschaftlichen Entwicklung geworden ist, die Erzeugung künstlich niedrig hält und die Massen arbeiten läßt für eine handvoll Besitzender. Nur durch die Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden und der Überführung der großen Güter in gesellschaftliches Eigentum, so wie durch die planmäßige Regelung des Anbaues nach den Interessen der Allgemeinheit vermag die einheimische Erzeugung so gestaltet zu werden, daß der Bedarf aller Menschen gedeckt werden kann. Dann wird aber auch eine Preisfestsetzung möglich sein, die den Interessen der Masse der Verbraucher gerecht wird.

Fortdauer der Spannung

Die Besetzung des Ruhrgebiets bevorstehend?

Spaa, 14. Juli.

Reuter verbreitet folgende Meldung: Die Alliierten kamen heute vormittag 11½ Uhr zusammen. Die Generale Foch und Maglinsie erstatteten Bericht über die militärische Lage. Daraus wurde die Zusammenkunft bis 6 Uhr unterbrochen. In der Zwischenzeit hat kein Verkehr mit den Deutschen stattgefunden, und es scheint, daß der Abbruch der Verhandlungen unmittelbar bevorsteht und daß die Alliierten das Ruhrgebiet besetzen werden. Die italienischen und englischen Generale werden heute abend eintreffen.

Spaa, 14. Juli.

Das offizielle Communiqué des Verbandes lautet: Eine Versammlung der alliierten Bevollmächtigten fand heute von 11½ Uhr bis 3 Uhr statt, in Gegenwart des Marschall Foch. Marschall Wilson war nicht anwesend. Die Fortsetzung der Erörterung wurde vertagt, um einen vorhergehenden Meinungsaustausch zwischen allen militärischen Sachverständigen zu ermöglichen. Das Einvernehmen unter den Alliierten ist vollkommen.

Kabinettsitzung in Spaa

Spaa, 14. Juli.

Die hier anwesenden Kabinettsmitglieder hatten heute eine längere Beratung mit den Finanz- und Kohlen-Sachverständigen. Im Anschluß daran fand eine Sitzung des Kabinetts statt. Heute abend tritt das Kabinett zu neuen Beratungen zusammen.

Spaa, 14. Juli.

Reichsminister Dr. Simons hatte heute nachmittag eine Besprechung mit Lloyd George.

Stimmungsbild aus Spaa

H. R. Spaa, 14. Juli.

Der Berichterstatter des „Maasbode“ drahtet: Die Deutschen haben bis spät in die Nacht hinein über die Lage beraten und sich dann mit der Regierung in Berlin in Verbindung gesetzt. Werden sie weitere Zugeständnisse machen? Man weiß es nicht. Die Stimmung blieb heute gedrückt. Einige Deutsche reden schon von ihrer baldigen Abreise. Aber die Alliierten, die allzu deutlich mit dem militärischen schwarzen Mann drohen, werden es nicht sofort ohne weiteres zum Abreisen kommen lassen und solche Maßnahmen treffen, daß die Deutschen abreisen. Die deutsche Lage ist tatsächlich nicht so schwarz, weil die Alliierten wahrscheinlich sehr wohl einsehen werden, daß Kohlen nur zu bekommen sind, wenn man sich einigt ist.

Inzwischen ist Marschall Foch heute morgen in Spaa angekommen. Er erklärte lahmend: Die Alliierten reden verschiedene Sprachen. Sie verstehen einander nicht. Ich bin gekommen, um der Dolmetscher zu sein.

laut inoffiziellen Mitteilungen haben heute morgen Besprechungen stattgefunden, offiziell ist davon jedoch nichts bekannt.

Um 12 Uhr begann die lang erwartete Alliiertenversammlung. Um 11 Uhr schon war der belgische Oberbefehlshaber Draglinsie zur Stelle. Marschall Foch kam zu Fuß nach. Ihm wurden Blumen angeboten. Lloyd George liegt sehr erregt aus seinem Auto. General Wilson war noch nicht anwesend, er kommt erst heute nachmittag an.

Bei unserem Warten hörten wir von französischer Seite folgende Meinungsäußerung: Die Franzosen können den ganzen deutschen Plan nicht zu kimmern. Sie wollen nichts von einem internationalen Sanität, wie Stinnes es wünscht, wissen, und sie wollen ebensoviele von einer Forderung von Artikeln für die verwüsteten Gebiete Nordfrankreichs durch Deutschland etwas wissen. Sie erklärten: Gebt uns genügend Steinkohlen, und wir werden selbst für die nötigen Artikel zum Wiederaufbau unserer verwüsteten Gebiete sorgen. Die Franzosen sind aufgeregt, weil die Deutschen so energisch versuchen, Belgien und Italien für ihren Plan zu gewinnen.

Um 12.15 Uhr verließ der Sekretär von Minister Dr. Simons, Reinhardt, der einzige Deutsche der heute nach der Villa de la Fraisenie kam, die Villa. Wir fragten ihn: Was ist los? — Die Lage wird besser, sagte er, man hofft durch persönliche Besprechungen zu einer Uebereinstimmung zu gelangen. Das ist alles, was ich augenblicklich sagen kann.

Erst um 1 Uhr 15 war die Sitzung der Alliierten beendet. Es wurde nichts darüber mitgeteilt. Die Alliierten scheinen noch nicht zu einer Einigung gekommen zu sein. Sie werden heute nachmittag ihre Beratungen fortsetzen.

Zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags wird Lloyd George den Besuch des deutschen Außenministers Dr. Simons empfangen. Man erwartet hiervon allgemein eine Entspannung der Lage.

Das Wiederaufbauprojekt

Spaa, 14. Juli.

Von zuständiger Seite wird folgendes mitgeteilt: Das von Konferenz von Spaa von der deutschen Delegation unterbreitete Projekt für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete wird in einem Teile der französischen Presse dahin ausgelegt, daß deutscherseits beabsichtigt werde, in den fraglichen Länderstrecken Deutsche anzusiedeln. Diese Auffassung ist durchaus unzutreffend und irreführend. Wie der Wortlaut des übrigens nur eine Anregung darstellenden Dokumentes erkennen läßt, handelt es sich bei dem internationalen Siedlungsunternehmen, das lediglich dem Gedanken des gemeinschaftlichen Interesses an dem tatsächlichen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aller durch den Krieg betroffenen Länder entspringt, in erster Linie darum, neue Heimstätten für die früheren Bewohner dieser Gebiete zu schaffen. Erst in zweiter Linie sollen auch Personen aus den übrigen Teilen der geschädigten Länder, und nur dieser Länder, dabeisiedeln angesiedelt werden können. Die Ansiedlung von Deutschen außerhalb Deutschlands kommt somit bei diesem Projekt nicht in Frage. Ebensovienig sollen dadurch die geschädigten Länder in der Auswahl derjenigen Arbeiter beeinflusst werden, denen die Wiederaufbauarbeiten zu übertragen sind.

Spaa und die Bergleute

Bochum, 14. Juli.

Eine von den Obseuten der im Bergarbeiterverband organisierten Betriebsräte, ferner den Bezirksvertretungen des Bergarbeiterverbandes und den Mitgliedern seines Gesamtkonferenzen besuchte Konferenz erklärte sich nach einem Referat Hues über die Vorgänge in Spaa vollständig mit der Haltung der Bergarbeiterdelegationen in Spaa einverstanden. Diese Meinung wurde durch eine einstimmig angenommene Erklärung ausdrücklich bekräftigt.

I. U. Berlin, 14. Juli.

Wie der Dortmund-Mitarbeiter der „Telegr.-Union“ meldet, findet sofort nach Rückkehr der Spaa-Delegationen eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für den Bergbau statt, in der über die Rückwirkungen der in Spaa gefassten Beschlüsse auf den Bergbau und insbesondere über eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit verhandelt werden soll. Ferner ist in Aussicht genommen, die Arbeitervereine in Spaa unmittelbar vor Vertretern der Delegierten des Ruhrreviers über ihre Erfahrungen und über die Ergebnisse der Konferenz in Spaa berichten zu lassen.

Es war schon recht, daß Hues darauf hinwies, daß der Umfang der Kohlenförderung und damit des zur Abgabe an die Endverbraucher Kohlenquantums nicht zuletzt von den Bergarbeitern abhängt. Die obige Meldung erweckt indes den Anschein, als bestünde die Absicht, das ganze Unheil mit Hilfe einer wohl vorbereiteten Rattenfängerrei auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Wir möchten nicht veräumen, davor rechtzeitig und mit allem Nachdruck zu warnen.

Pariser Pressestimmen

Paris, 14. Juli.

Die gesamte Presse spricht von der Verschärfung der Lage in Spaa. Der „Matin“-Korrespondent sagt: Es gibt nur eine Möglichkeit, daß der vor dem Kriege von Stinnes und seinen Freunden zur wirtschaftlichen Beruhigung Europas ausgearbeitete Plan sich trotz der deutschen Niederlage erfüllt. Reicher als Frankreich an Kohle, könne Deutschland, wenn es seine Industrie wieder in Betrieb gesetzt habe, über Frankreich eine unantastbare Suprematie erlangen. Die Wirkung des französischen Krieges hätte ebenso aufgehört, und Deutschland hätte seine Revanche, ohne einen Mann zu mobilisieren.

Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ telegraphiert: Der Versuch, die Deutschen dahin zu führen, den Friedensvertrag ohne Widerstand und friedlich auszuführen, könnte kein befriedigendes Ergebnis zeigen. Man habe es mit einem Volk zu tun, das nur die Nacht begreift. Es ist wahrscheinlich, daß die Alliierten noch zwei oder drei Tage abwarten, ehe sie eine Entscheidung fassen. In der Zwischenzeit werde aus neue die europäische Lage, nämlich im Hinblick auf die Ereignisse, die sich in Polen abspielen, geprüft.

Das „Journal“ sagt, auf die Erklärungen von Dr. Simons sei eine Antwort nötig gewesen: die Unterbrechung der Konferenz, die Beratung der militärischen Chefs. Man wisse, was das sagen wolle. Die Kräfte würden in Szene treten, weil die Deutschen nur sie anerkennen wollten.

„Petit Parisien“ behauptet, spontan habe der englische Premierminister dem französischen Ministerpräsidenten erklärt, daß England die Bedeutung, die die Kohlenfrage für Frankreich habe, anerkenne und daß er bereit sei, ohne Vorbehalt den französischen Standpunkt in dieser Frage (es) entschlossen zu teilen und zu unterstützen. Die Lage sei offiziell so: Koch kein Bruch, die Konferenz dauere an, aber die Sitzungen seien unterbrochen, um den Alliierten zu gestatten, die Lage zu prüfen. Zur Beilegung des Ruhrgebietes durch französische, englische und belgische Truppen dürften die Verbündeten ihre Zustimmung geben, wenn die Deutschen nicht ihre Taktik ändern und wenn sie nicht entschlossen seien, die vollkommenste Genugtuung zu geben.

„Humanité“ sagt, das Wort habe Koch. Die bürgerlichen Blätter dürften im Chor die Beilegung des Ruhrgebietes verlangen. Sie glaubten dadurch den Konflikt lösen zu können. Die Lehre von Frankreich habe nicht genügt. Man besinde sich einer neuen Offensive der militaristischen Parteien gegenüber, die zu sehr schweren Folgen führen könne: Krieg im Orient, Krieg in Polen, Drohung mit dem Bruch in Spaa! Das Europa nach dem Kriege sei herrlich. Die Völker von beiden Seiten der beiden Grenzen müßten wachamer sein denn je und ihre Vertreter vorherrschen, ihre Streitigkeiten zu verteidigen. Wenn wir Kohlen haben wollen, müßten deutsche Arbeiter arbeiten. Müllerand aber wisse genau, daß sie nicht unter der Heberwachung der schwarzen Truppen des Marschalls Koch arbeiten würden.

Englische Presseäußerungen

Rotterdam, 14. Juli.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die englische Presse sieht die Wendung der Ereignisse in Spaa als ungünstig an. „Daily Chronicle“ findet, daß Simons bei seinem Kampf mit Stinnes und den hinter ihm stehenden Reaktionen unterlegen sei, und daß, falls nicht in letzten Augenblick etwas Unerwartetes geschieht, die Alliierten zu Zwangsmassregeln genötigt sein werden. Das Blatt sagt ferner, daß es eine Ironie sei, daß das Bemühen der englischen Delegation in Spaa, die Konferenz zu einem guten Ende zu bringen, ernstlich bedroht wird in einem Punkte, bei dem England selbst nicht direkt in Mitleidenschaft gezogen ist.

Der Korrespondent der „Daily News“, der sich bisher als gut unterrichtet gezeichnet hat, ist unter den Journalisten doch der optimistischste. Obwohl er die Lage als außergewöhnlich beunruhigend bezeichnet, glaubt er doch, daß die Gelegenheit zum Nachdenken, die durch die Unterbrechung der Konferenz geboten worden ist, noch einer Uebereinstimmung förderlich sein kann. Es sei der Mühe wert, daran zu erinnern, daß die Alliierten vor zwei Tagen aus eigenem Entschluß sich erhoben haben, die Lebensmittelversorgung der deutschen Bergarbeiter zu bessern. Von den drei in Spaa tätigen Kommissionen für die Kohlen, die Lebensmittel und die Wiederherstellungsfrage habe die letztgenannte Kommission sofort auf den Schwachen Punkt in dem deutschen Plan hingewiesen und bestimmtere Zahlenangaben verlangt.

Brüssel, 14. Juli. (Sabas.)

Die ukrainische Delegation bei der Konferenz in Spaa hat dem Präsidenten der Konferenz eine Note zugehen lassen, worin dieser gefragt wird, ob die Alliierten Sowjetrußland aufgefordert hätten, mit der Ukraine Frieden zu schließen.

Die Politik des Mob

Nationalistische Exzesse vor der französischen Botschaft.

Die französische Botschaft hatte gestern aus Anlaß des französischen Nationalfeierfestes auf ihrem Hofe am Pariser Platz die Tricolore. Diese Erscheinung gab dem nationalistischen Mob Anlaß zu Demonstrationen vor dem Botschaftsgebäude. Ein Haufen von Demonstranten erschien in den Vormittagsstunden auf dem Pariser Platz und forderte die Einziehung der Fahne. Die Sicherheitspolizei, die über die in der Botschaft beschäftigten Arbeiter unterrichtet war, war zur Stelle und bemühte sich um die Wiederherstellung der Ordnung. Es kam trotzdem zu den unersichtlichsten Spektakelszenen, bevor es gelang, die durch ein Fahrzeug Aufregung zum Verlassen des Platzes zu veranlassen. Später aber war es dennoch bisher nicht gelungen, die Fahnen zu entfernen, das Dach des Botschaftsgebäudes von hinten zu ersteigen, die Fahne gewaltsam zu entfernen und mitzunehmen.

Noch am Nachmittag fanden teils Neugierige, teils skandalisierende Straßenspektakel am Pariser Platz und boten, den Blick unanerkennend auf die wieder erschienene Tricolore gerichtet, den Franzosen ein Bild der Lächerlichkeit. Es erregte bei vielen der Gaffer Genugtuung, als auf einem Gebäude, das dem Botschaftspalast gegenüber liegt, eine schwarz-weiß-rote Fahne am Mast in die Höhe stieg, als ländliche Gegendemonstration, durch die die Lächerlichkeit und das Bewußtsein der Situation noch gesteigert wurde. Die jederzeit manubrierenden Straßenspektakel erwähnen in ihren Betrachtungen auch die Beratungen und Vorgehens in Spaa. Gläubt der elegante Mob in seiner politischen Hirnlosigkeit, er könne durch dergleichen Kinderreien die Situation der deutschen Delegation in Spaa verbessern?

Über die Demonstration am Vormittag schreibt uns noch ein Augenzeuge: Zwischen dem Abgehen patriotischer Lieber wurde unter wüsten Bedrohungen der Gefährlichkeit immer wieder die Forderung erhoben, die Tricolore zu entfernen. Zweifellos waren an der Demonstration in Jull gefasste Disziplinäre beteiligt, die mit allen Mitteln versuchten, die Menge zur gewalttätigen Entfernung der Tricolore aufzuwecken. Der Teil des Publikums, der vor diesem Anjaun warnte, wurde in der gemeingefährlichsten Weise bedroht. Aus dem Publikum heraus wurde beobachtet, wie einige Herren einen zufällig vorbeikomenden Matrosen zuredeiten, die Tricolore zu entfernen. Es wurde dabei festgestellt, daß der Matrosen dafür eine Summe Geldes erhalten hat. Der Begleiter des Matrosen bestätigte dies während der Ausföhrung der Tat durch den Matrosen.

Unter Berichterstatter sagt hinzu, daß die Sicherheitswehr, die sonst mit aller Schärfe gegen Arbeiter vorgeht und keine Ansammlungen mit der brutalsten Gewalt zerstreut, lange Zeit keine ernstlichen Anstalten zur Räumung der Straße machte.

Die Sühne

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt hat dem französischen Gesandten gegenüber persönlich sein und der Regierung Bedauern über den gegen die französische Botschaft verübten großen Unfug zum Ausdruck gebracht. Die Polizeibeamten, durch deren Fahrlässigkeit die Demonstration möglich geworden ist, werden auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern vom Dienst suspendiert werden. Der Mann, der die Fahne vom Dach entfernt hat, ist noch nicht ermittelt, doch ist die Frage im Nachhause aufgefunden und der französischen Botschaft durch die Polizei wieder zugestellt worden.

Die Männer der Regierung mögen sich für die peinliche Situation, eines solchen Entschuldigungsangeses bedanken bei den nationalpolitischen Radikalelementen und bei jenen Organen der Sicherheit, die den Exzessen der Spektakelhelden stets mit wohlwollender Zurückhaltung begegnen, wie die amtliche Meldung endlich einmal eingeleitet. Sie mögen aber auch nicht vergessen, daß es fast immer der Geist einer Regierung ist, was sich im Verhalten ihrer unteren Organe wieder spiegelt.

Hochkonjunktur der Klassenjustiz

Genosse Dr. Siemsen verurteilt

Genosse Oberlehrer Dr. Siemsen, der während der Märzunruhen als Jenar der Essener Zeitungen tätig war, wurde von dem Essener Landgericht wegen „Amtsanmaßung und Landfriedensbruch in Tateinheit“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Der Spruch des Landgerichts trifft sich trefflich ein in die lange Kette der Unurteile gegen Vertrauensleute des Proletariats. Er ist ein neuer Beweis dafür, daß die Bourgeoisie sowie der Herrschaft und seine Justizorgane die Männer mit ungläublichem Haß verfolgt, die dazu beigetragen haben, daß der Putz der Meuterei von Rapp und Wittwin zusammengebrochen ist. Genosse Dr. Siemsen übte in den Putztagen die Jenar über die Essener Presse im Auftrag des Volksrates und im Einverständnis mit den Redaktionen aller Parteirichtungen — nicht um Landfriedensbruch zu üben, wie das Urteil unterstellt, sondern um eine Verheerung der Bevölkerung durch die nationalistische Presse mit ihren in politisch bewegter Zeit besonders schlimmen Folgen zu verhüten. Womni Siemsen nach bestem Wissen und Willen der halbigen Wiederherstellung der Ordnung mehr gedient hat, als etwa das Auftreten der Soldateska und anderer Organe der staatlich potentierten Ordnung. Die größte Unverschämtheit ist jedoch die sofortige Verhaftung. Siemsen war vom preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mit wichtigen wissenschaftlichen Arbeiten betraut worden. Er besaß das volle Vertrauen des Ministers, was dieser dadurch bewies, daß er sofort nach der Erhebung der Anklage für ihre Niederlegung und für die Entlassung unseres Mannes wegen Fluchtverdachts sofort in Haft genommen.

Die Revision dieses Urteils ist dringend notwendig. Die Arbeiterschaft aber mag alle diese Dinge seit in ihrem Gedächtnis bewahren.

Ein neues Tendenzurteil

In dem Prozeß gegen den früheren stellvertretenden Polizeipräsidenten von Magdeburg, Genossen Vater und sechs weiterer Angeklagter wegen der Inhaftierung des ehemaligen Justizministers und jetzigen deutschen Gesandten in Brüssel, Dr. O. Landsberg, ist jetzt das Urteil gefällt worden. Landsberg war bekanntlich im April vorigen Jahres auf dem Wege zu der Nationalversammlung in Weimar, bei Ahrersleben von unparlamentarischen Leuten, in Erbitterung über die dauernden Verfolgungen unabhängiger und kommunistischer Führer festgehalten worden. Bei seinem Transport nach Magdeburg wurde er dann bald wieder befreit. Die Beweisaufnahme in der jetzigen Gerichtsverhandlung ergab nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür, daß etwa Vater oder die Mitangeklagten die Festnahme Landsbergs veranlaßt hätten oder gar aktiv an ihr beteiligt gewesen wären. Da weiter festgestellt wurde, daß Landsbergs Leben und Gesundheit nicht im mindesten bedroht waren, daß er vielmehr nur solange festgehalten werden sollte, bis unter Anfang April 1919 in Magdeburg völlig grundlos auf Spitzelangaben verhafteter Genosse Brandes, wieder auf freiem Fuße war, ist das gegen Vater gefällte Urteil um so unverständlicher: er bekam mit einem Mitangeklagten 2 Monate Gefängnis wegen Freiheitsberaubung, während die übrigen Angeklagten Strafen von 1 Monat Gefängnis bis zu 300 M. Geldbuße erhielten.

Gegen das Naumburger Zuchthausurteil

Gegen die Spruchpraxis des reaktionären Naumburger Schwurgerichts ist schon öfter an dieser Stelle protestiert worden. Sein letztes inrührendes Zuchthausurteil gegen Arbeiter, die während des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks im März 1919, teils in Notwehr, teils in Vertretung berechtigter Interessen zu handeln glaubten, hat nunmehr den Genossen Kunter im Einverständnis mit der unabhängigen sozialistischen Reichstagsfraktion zur Einbringung einer kleinen Anfrage im Reichstage veranlaßt, in der es heißt:

„Das Urteil wegen seiner beispiellosen Härte und die Begründung wegen ihrer Unzulänglichkeit erregen in der deutschen Republik sowohl wie im Ausland großes, berechtigtes Aufsehen. Ist die Reichsregierung bereit, mit dem erforderlichen Nachdruck zu verhindern, daß dieses drakonische richterliche Erkenntnis in Kraft tritt, das innerhalb der Arbeiterschaft eine furchtbare explosive Erbitterung erzeugt hat?“

Bei der Beratung des von unseren Genossen im Reichstage eingebrachten Annesie-Antrages und anderer Anträge zur Reform des Justizwesens überhaupt, wird sich Gelegenheit bieten, gerade auch an der Hand der Naumburger zivilen Justizpraxis die Unabbarkeit unserer heutigen strafrechtlichen Verhältnisse nachzuweisen!

Das gute Weingeschäft

Der Herausgeber des „Abstinente Arbeiters“, Georg Davidsohn, schreibt uns:

Herr D. Sandmann hat auf die Notiz hin, die Sie unserem Blatte entnehmen, Ihnen eine „Berichtigung“ zugehen lassen, auf die ich folgendes entgegen zu dürfen bitte:

Es ist wohl möglich, daß die mit Hilfe des Reichsverwertungsamts an „die“ ein Firmen (D. Sandmann, Berlin; M. Kompinski u. Co., Berlin; von Hacht u. Schulz, Hamburg; Johannes Schöndel u. Söhne, Hamburg; A. Vogel, Hamburg; H. J. Müller u. Rode, Mannheim; Transatlantiker Mar. Ver. Söhne, Mannheim; Gebr. Wolfhart, München; Karl Meinel u. Co., Stuttgart; Jacob Jacob, Stuttgart; Carl Wilde, Oldenburg) gelieferten Weine jetzt im Preise gelassen sind. Aber darauf kommt es gar nicht an. Sondern es handelt sich darum, daß am 6. d. J. jenes große Geschäft zu Gunsten des Reiches um etwa 40 Prozent zu billig abgeschlossen worden ist. Dies hat der vereidigte Sachverständige für Weine und Spirituosen der Handelskammer Saagan, Herr Ed. Bräun, noch am 14. Mai d. J. und das Amtsgericht Grünberg am 19. Mai durch Gutachten bzw. Entscheidung festgestellt! Und am 11. Juni schrieb das „Liegnitzer Tageblatt“ es gehe das Geschäft, jenes Konjunktions habe die für 10,50 M. je Liter vom Reich erworbenen Weine bereits für 13,50 M. weiterverkauft, und zwar an Fremden, die ihrerseits mit weiterem Gewinn weiterverkauften! Ein Versuch dieser Art ist übrigens einwandellos festgestellt und hat zum Ausschluß der betreffenden Firma aus dem „Ring“ geführt.

Schließlich hat ja denn auch die Erfassungsabteilung des Reichsschwarzwareninspektors (Zweigstelle Liegnitz) das Verbot der Herausgabe des Weins an jenes Konjunktions erlassen. Und erst die „Reichsweinhändlergesellschaft“ bzw. das Reichsverwertungsamt hob die Beschlagnahme auf und verhalf dem „Konjunktions“ zu „seinem“ Wein.

In diesen Darlegungen ändert natürlich D. Sandmanns Feststellung über den etwaigen jetzigen Mindestpreis und dadurch von Gewinn in Verlust umgeschlagenen Ertrag der bewussten Weine nicht das geringste. Im übrigen liegt bei der von mir geübten Kritik der Nachdruck darauf, daß die 11 bevorzugten Firmen ihr damals sehr gutes Geschäft vor allem um desswillen abschließen in der Lage waren, weil einige von ihnen als Mitglieder der „Weinhandelsgesellschaft“ und als dessen Ausschussmitglieder besondere Einblicke genossen, mit deren Hilfe sie ihre privaten Geschäfte noch im März 1920 unter besonderer Bevorzugung ungünstigen konnten. Daß diesen Teilnehmern gewisse bestimmten Beamten endlich mal wieder ein Ende gemacht werde, das scheint mir aber wahrscheinlich an der Zeit zu sein.

Ein Verteidiger des Spigelsystems

Der Staatsanwalt hat im Hauptprozeß nicht gewagt, das Spigeltum zu verurteilen, auch kein bürgerlicher Journalist fand den Mut dazu. Diese Hesenzial blieb den — Reichssozialisten vorbehalten. In einem Artikel von P. Haupt, der durch die ganze rechtssozialistische Presse geht, heißt es bei Besprechung des Berliner Spigelprozesses:

„Da gibt es keinen Spigel zur Beseitigung der Mehrheitssozialisten, Demokraten oder einer anderen Mittelpartei, nirgends ist etwas davon zu hören, daß vielleicht die Sozialdemokratie die Demokraten oder Unabhängigen oder sonst wen beseitigt. Ein beherrschendes Spigelium existiert wohl, aber gleichzeitig zeigt der Prozeß klar, daß es eine widerwärtige, aber unentbehrliche Abwehrmaßregel gegen die gewalttätigen Umstürzlinge und Attentatsversuche auf die staatliche Freiheit von Seiten der Links- und Radikalisten ist.“

Selbstverständlich werden die Demokraten und Rechtssozialisten nicht beseitigt, denn Spigel sind immer nur dort, wo etwas zu beseitigen ist. Und nur dort gibt es etwas zu beseitigen, wo revolutionäre Gewalt gemacht wird. Die Redner sind also, da sie keine revolutionäre Klassenkampfpartei, sondern wie es im illustrierten Artikel heißt, eine Mittelpartei sind, vor Spigelung sicher. Wenn sie das Spigelium aber als „unentbehrliche Abwehrmaßregel“ gegen den Umsturz verteidigen, dann verteidigen sie damit auch die Spigelwirtschaft unter dem Sozialistengesetz und die ganze schmutzig verbrecherische Spigelökonomie, die unter ihrer Regierung entstand.

Arbeiter als Geschworene

Uns wird geschrieben: Was die Errungenschaften der Revolution in einem Staatswesen wert sind, das noch von dem alten reaktionären Beamtenum beherrscht wird, zeigt ein kleiner Vorgang in dem Schwurgerichtssaal gegen den „Massenmörder“ Schumann. Die neue Vorschrift, daß auch Arbeiter zu Geschworenen zu berufen sind, war befolgt worden, indem — ein Arbeiter auf die dreißig Personen zählende Geschworenensliste gesetzt worden war. Keine Enttäuschung, denn es kommt noch besser. Als es nämlich zur Bildung der mit 12 Personen zu besetzenden Geschworenensbank für die anstehende Sache kam, und der Vorsitzende ausrief: „Eisenbahnarbeiter!“ erhalte vom Staatsanwaltschaftlich ein kräftiges „Abgelehnt!“ Traute Herr Staatsanwaltschaftsrat Dr. Steinbrecher dem Zurückgewiesenen eine heimliche Komplise zu dem Angeklagten zu oder machte ihn ganz im allgemeinen der Gedanke erschauern, daß ein angeklagter Arbeiter unter keinen zwölf Richtern einen ganzen Klassengenossen haben sollte?

Die Alliierten und Polen

Warschau, 14. Juli.

„Kurier Peranny“ meldet: Die Bedingungen, unter denen England und Frankreich die Vermittlung zwischen Polen und Rußland übernehmen wollen, sind etwa folgende:

Das polnische Heer geht auf die Linie des Bug und Strucz zurück und gibt gleichzeitig das Wilnaer Land auf, das mit Wilna von litauischen Truppen besetzt wird. In diesem Augenblick tritt der Waffenstillstand ein, und darauf folgen die Friedensverhandlungen, an denen Vertreter der Verständigungsmächte teilnehmen werden.

Über das Schicksal des Lechener Gebietes entscheidet der Vorschlagsrat, wobei Volksabstimmungen und Schiedsgericht ausgeschlossen wird.

Die oberste politische Frage soll in der Weise gelöst werden, daß das Ergebnis der Volksabstimmung nicht als endgültig betrachtet werden soll, sondern einer später einzuberufenden speziellen Konferenz als Unterlage für ihre Entscheidung dienen soll.

Disputen soll vorläufig bei Polen bleiben; aber über das Schicksal dieses Gebietes soll die Meinung der örtlichen Bevölkerung, die die Verständigungsmächte im entsprechenden Augenblick einholen werden, Einfluß haben.

Die polnisch-litauischen Gebietsstreitigkeiten sollen endgültig, wahrscheinlich in einer Konferenz in London geschlichtet werden, an der Vertreter Polens, Litauens und Ostlands teilnehmen werden.

Rußlands Angebot an England

59. London, 14. Juli.

Die „Times“ erklärt, daß Krasin bei seiner Rückkehr nach London ein Angebot der Sowjetregierung mitbringe, die Beschagnahmen Fabriken den gesetzlichen Besitzern wiederzugeben und die Fabriken, gleichgültig welcher Nationalität ihre Eigentümer seien, wieder in Gang zu bringen. Die Arbeiter sollen von der Sowjetregierung bezahlt werden, die auch die Hälfte der Gewinne erhalten soll. Die englischen Besitzer von Holzkonjunktions sollen in derselben Weise behandelt werden.

Der Streik in Golpa

Stillelegung der Groß-Berliner Industrie?

Wie die Kohlenwirtschaftsstelle in den Karlen mitteilt, ist seit dem 13. Juli, nachmittags, infolge des Streiks zu Golpa die Lieferung des Ferritons von Golpa nach Berlin vollständig eingestellt. Infolgedessen ist die Großindustrie Berlins in ihrer Stromzufuhr wesentlich eingeschränkt worden. Der Betrieb der Straßenbahnen soll im Laufe des Tages um etwa 15 Prozent eingeschränkt werden. Ob noch weitere Einschränkungen des Verkehrs erforderlich sein werden, läßt sich, ebenso wie die voraussichtliche Dauer der Kohlen-einstellung, im Augenblick nicht übersehen.

Wie uns hierzu in späterer Abendstunde mitgeteilt wird, soll die Groß-Berliner Industrie von dieser Maßnahme bereits stärker betroffen sein, als allgemein angenommen wird. In vielen Großbetrieben Groß-Berlins war die Stromzufuhr gestern teils ganz abgebrochen, teils zeitweise unterbrochen.

Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission haben aus diesem Grunde bereits gestern gemeinsam mit Vertretern des Betriebsrates der Städtischen Elektrizitätswerke, mit dem Reichsarbeitsministerium in Fühlung genommen, um zu erfahren, welche Maßnahmen das Reichsarbeitsministerium ergriffen hat, um die Ursachen der Strombeschränkung zu beseitigen, da diese allein für Berlin zur Folge haben kann, daß ca. 80.000 Arbeiter jede Arbeitsmöglichkeit genommen wird.

Wie wir bereits gemeldet hatten, ist das Kraftwerk in Golpa durch den Streik der Kohlengruben in Golpa außer Betrieb. Da das Berliner Stromnetz einen großen Prozentsatz der Stromleistung aus diesem Werk bezieht, war es bisher für die Berliner Elektrizitätswerke nur mit äußerster Mühe möglich, die Stromversorgung für Groß-Berlin aufrecht zu erhalten. Die Arbeiter der St. E. W. konnten die von ihnen geforderte erhöhte Arbeitsleistung nur durch Leistung von Ueberleistungen bewältigen. Infolge der technischen Schwierigkeiten, wie auch durch die schlechte Ernährung, erklären die Arbeiter jedoch, keine erhöhte Arbeit leisten zu können, sodaß dadurch die Stromlieferung Groß-Berlins in Frage gestellt wird.

Wie wir erfahren, sehen die Vertreter der Gewerkschaften auf dem Standpunkt, daß das Reichsarbeitsministerium nichts unterlassen darf, um die Stillelegung der Berliner Großindustriebetriebe zu verhindern. Die Verhandlungen zwischen den Golpaer Grubenbesitzern und den streikenden Arbeitern haben zu keinem Ergebnis geführt. Der Streik, der bisher nur lokales Interesse für Golpa hatte, ist nunmehr zu einer Angelegenheit der gesamten werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins geworden. Mit Recht verlangen die Vertreter der Gewerkschaften, daß das Reichsarbeitsministerium auf dem Wege der Verordnung einen Schlichtungsausschuss einsetzt, der die Golpaer Streitigkeit beilegt.

Ein Berliner Mittagsblatt stellt die falsche Behauptung auf, daß die Berliner Elektrizitätsarbeiter sich weigern, ihre Arbeit fortzusetzen. Das ist unrichtig, und scheint darauf berechnet, die Bewegung beim Publikum unpopulär zu machen und damit zu schädigen. Wie wir von zuständiger Seite zu erfahren, sind die Elektrizitätsarbeiter nach wie vor bereit, die ihnen zustehende Arbeit auszuführen. Wenn es ihnen nicht gelingt, die Berliner Stromversorgung in der notwendigen Form aufrechtzuerhalten, so tragen daran besonders die durch die Kriegswirkungen entstandenen technischen wie auch andere Mängel Schuld.

Im Reichsarbeitsministerium soll heute eine Sitzung mit den beteiligten Körperschaften stattfinden, in der der nach Golpa entsandte Vertreter des Reichsarbeitsministeriums Bericht über die Lage erstatten wird. Wir erwarten, daß die Verhandlungen so geführt werden, daß diese Krise schnell beilegt wird, um eine neue Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens zu verhüten.

W. T. S. meldet aus Magdeburg: Der Landrat von Bitterfeld berichtet um 12 Uhr folgendes: Die Stromlieferung vom Kraftwerk Griesheim-Bitterfeld, welche über das Kraftwerk Gernewitz geleitet wird, ist unterbrochen, da das Kraftwerk Gernewitz die Weiterleitung nicht mehr vornimmt.

Die Streiks in Mitteldeutschland

Die durch den unläugigen Steuerabzug entstandenen und zum Teil später zu Lohnbewegungen ausgehenden Streiks in Mitteldeutschland, haben eine weitere Abwärtsentwicklung erfahren. Die Ausstandsbewegung in Zeitz ist im großen und ganzen als beendet anzusehen, die Grubenleute sind bereits wieder eingeleitet. Ein Teil der Bergleute im Weissenfeller Bezirk wartet zunächst noch den Ausgang der am Mittwoch vor dem Reichsarbeitsminister in Berlin geführten Verhandlungen ab. In Borna dagegen hat sich die Streiklage infolge verschärft, als die Einstellung der Kohlenarbeiten erzwungen wurde.

Einschränkung des Straßenbahnverkehrs

Infolge der vom Reichskohlenkommissar angeordneten Einschränkungen im Kohlenverbrauch, treten am 15. d. Mts., folgende Betriebseinschränkungen im Bereich der Großen Berliner Straßenbahnen ein: Es werden eingeleitet die Linien 37, 45, 162, 67, 71, 82, 86, 92, C, T und zwei U-Bahnen. Linie 29 und Linie AD verkehren Kundenweise. Linie 64 verkehrt nur auf der Strecke Lichtenberg-Dönhofsplatz. Linie 89 verkehrt nur vormittags bis Wilhelmsbrunnplatz, Kienitz. Auf folgenden Linien werden die Fahrpläne erweitert: Linie 1 10 Min., Linien 2, 11, 17, 22, 54 und 74 15 Min., Linien 80, 81, 93, 95 20 Min. Durch die Einschränkungen der betreffenden Strecken wird das Platzangebot nach Möglichkeit durch vermehrte Mitführung von Anhängewagen geregelt werden.

Deutsche Auslandsvertreter gegen die dritte Internationale

Aus Prag wird uns von einem Freunde unseres Blattes geschrieben: „Daß das ganze Gerede von dem neuen demokratischen Deutschland nichts als reibendes Blendwerk ist, ist schon oft genug gesagt worden. Heute können wir einen neuen Beitrag zu diesem Thema liefern. Im Mittelpunkt dieser Affäre steht der

deutsche Gesandte in Prag, Prof. B. Saenger, und der dortige deutsche Konsul König. Insbesondere Herr Saenger nennt sich „Demokrat“ (was ihn übrigens nicht hindert, hilfe suchenden deutschen Landvolken gegenüber sich hinter dem Stachelbruch seiner Amtswürde zu verstecken). Dieser Herr Prof. Saenger, der erst unter dem neuen Regime zu Amt und Würden gekommen ist, hat sich folgendes Bravourstück geleistet: Die tschechische Genossin Helena Malikova und der tschechische Genosse Hugo Sonnenstein erhielten von den zuständigen tschechoslowakischen Behörden anstandslos Visé zum Besuch des Kongresses der dritten Internationale in Prag, um das Visé zur Durchreise durch Deutschland zu erlangen. Allein Herr Prof. Saenger und auch der deutsche Konsul König weigerten sich zur Vergabe des Visés, und zwar trotz mehrständiger, mehrfacher Interventionen.“

Soweit der uns zugehende Bericht. Das Verhalten dieser deutschen Auslandsvertreter als Hüter der Kapitalisten, als Wächter gegen die dritte Internationale, erinnert lebhaft geradezu an die Liebediener der Bismarckschen Kanzlerschaft in der Wilhelmischen Ära gegen den ruhmlosen Zarismus.

Die Umorganisation der Sicherheitspolizei

W. T. S. teilt mit: In der heutigen Sitzung der Oberpräsidenten im preussischen Ministerium des Innern wurde mit Bedauern festgestellt, daß die Reichsregierung die Interessen der Sicherheitspolizei in Spaa nicht mit dem Nachdruck vertreten hat, der ihr nach ihrer Bedeutung für die Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Preußen zukommt. Die Aufrechterhaltung einer festgesetzten und gut disziplinierten Polizei wurde einstimmig als eine zwingende Notwendigkeit erklärt. Ohne eine starke Posttruppe kann die Ruhe und Ordnung namentlich aufrecht erhalten werden.

Die von der Entente verlangte Entwaffnung der Bevölkerung kann nur durchgeführt werden, wenn die Sicherheitspolizei so stark eingeteilt wird, daß der Einzelne wieder an den Schutz und die Macht des Staates glauben kann und sich daher nicht mehr gezwungen glaubt, zum Selbstschutz greifen zu müssen. An eine Umorganisation der Sicherheitspolizei kann erst nach der vollständigen Entwaffnung aller Bevölkerungsteile gedacht werden, die aber selbstverständlich innerhalb der gestellten Frist erfolgen muß. Dagegen bestehen gegen die Abgabe der schweren Waffen wie Geschütze und Flammenwerfer keine Bedenken. Die Organisation und Bewaffnung der Polizei für die neutrale Zone bedarf wegen der Zurückziehung des Militärs auf diesem Gebiet ganz besonderer Aufmerksamkeit und einer besonderen Regelung.

Die Einwohnerwehren widersetzen sich

Wir haben schon wiederholt nachgewiesen, daß die Einwohnerwehren in Berlin nicht daran denken, sich aufzulösen. Sie halten vielmehr nach wie vor ihre Zusammenkünfte ab. Hier ist wieder ein Beweis dafür:

Berlin, den 6. Juli 1920.
Lindenstr. 5.

Sehr geehrter Herr Kamerad!

Es ist festgestellt worden, daß noch immer eine große Reihe von Kameraden nicht davon unterrichtet sind, daß die früheren Mitglieder der Einwohnerwehren, die sich nach deren Auflösung, soweit sie zu anderer Abteilung gehörten, zu dem sogenannten „Falkenbunde“ zusammengeschlossen hatten, jeden 2. und 4. Freitag im Monat im Restaurant zum Alexandriner, Alexandrinerstr. 37 a, zur Volksversammlung zusammenfinden. An jedem 1. und 3. Freitag tagt an derselben Stelle die Versammlung der Zug- und Gruppenführer.

Daß eine Organisation, die ihren Zweck erfüllen soll, dies nur erreicht, wenn jedes Mitglied sich so regelmäßig wie möglich beteiligt, braucht nicht besonders auseinanderzusetzen. Jetzt steht eine kurze Ferienzeit vor der Tür, und deshalb ist es ganz besonders notwendig, daß am Freitag, den 9. Juli, abends 10 Uhr (pünktlich), sich noch einmal alle Mitglieder treffen, um zu hören, wie augenblicklich die Sache unserer Wehr steht und was im Falle unvorhergesehener Fälle zu geschehen hat.

Ich rechne bei der Wichtigkeit der Sache ganz bestimmt mit Ihrem Erscheinen.

Mit kameradschaftlichem Gruß Fa H.
Auch die Schöneberger Einwohnerwehre besteht noch. Dort teilt der Zugführer, Herr Wed, sogar regelmäßig die Wochen ein. Das Waffendepot befindet sich in der Köthelschule. Die Zeitfreiwilligen, die sich in den Sportklub „Olympia“ umgewandelt haben, sind sämtlich in dem Bezirk ihrer Waffen. In den Räumen des Hauses Köthelstr. 2 (Reichsamt des Innern), wo die frühere Zeitfreiwilligenkompagnie Königsplatz ihr Standquartier hatte, waren bis vor einigen Tagen auf dem Hofe 15 schwere M.G.s, 2 Minenwerfer, 2 Feldküchen aufbewahrt. Inzwischen sind die Waffen in ein sicheres Versteck, anscheinend in den Keller, gebracht worden. Es wird höchste Zeit, daß die Regierung dieser Gesellschaft zu Leibe rückt. Wenn sie Waffenlager entdecken will, braucht sie hoch bei der Einwohnerwehre, den Zeitfreiwilligen und bei den Autobesitzern zu suchen.

Die „aufgelösten“ Freikorps

Das Reichswehrministerium macht Mitteilungen über die Auflösung des Freikorps Kulda, dessen Führer bekanntlich seiner Aburteilung wegen der Beteiligung am Kappverstoß entgegensteht. Es ist bezeichnend, daß noch heute mehr als vier Monate nach dem Kapp-Putsch das Freikorps mit angeblich 800 Mann auf dem Truppenübungsplatz Zeithain sich befindet. 580 Mann des Freikorps sollen angeheilt werden. Wie lange diese Anheilung auf sich warten läßt, darüber vertritt das Reichswehrministerium nichts. 180 Mann sind noch bis zum 15. Juli verpflichtet und sollen erst dann nach Ablauf ihrer Verträge entlassen werden. Angesichts dieser Tatsache entsteht die Frage, wieviele Angehörige von Freikorps, die etwa nach Verträge bis zum Oktober d. J. haben, noch nicht entlassen sind. 80 Mann des Freikorps, das sich in hervorragender Weise am Kapp-Putsch beteiligte, sind in die Reichswehr übernommen worden.

Die Entwaffnung des Freikorps ist, wie das Reichswehrministerium zugeben muß, nur zum Teil durchgeführt. Ein großer Teil des Freikorps ist noch bewaffnet. Solche Mitteilungen über Aufstapeln und Entwaffnung von Freikorps pflegt das Reichswehrministerium mit der Feststellung zu beschließen, daß selbstverständlich Freikorps seit Monaten nicht mehr existieren.

Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes

Hannover, 12. Juli.

Rehbold, Frankfurt a. M.: Es müßte möglich sein, auch ohne die Ausschaltung politischer Gegensätze in Opposition zu treten. Den „Jungen“ sei die Richtung Bren mit ihren ausgebotenen Idealen zu mager. Nicht mit der Schwächung aber Befestigung des Kapitalismus allein sei das Ziel erreicht, sondern der marxistische Aufbau des „Neustaates“ des internationalen Sozialismus sei unsere Hoffnung. Das Bürgertum fürchtet die Verweilung des Proletariats, deshalb die Bestplatzpolitik der Koalition. Genosse Rehbold begründet dann noch einen Antrag seiner Zahlstelle.

Schmaus, Bayern äußert sich zu einem Antrag der Zahlstelle Berlin auf Streichung der bekannten 100.000 Mark. Er beantragt Ablehnung des Antrages. Die Kollegen in Berlin hätten Vorsorge treffen müssen, indem sie zur richtigen Zeit die Beiträge erhöhten, dann brauchten Schulden nicht gemacht zu werden.

Flemig, Hannover bemängelt das Aufwachen der alten Streitfragen. Der Verbandstag 1917 habe hierzu bereits Stellung genommen und dem Vorstand das Vertrauen ausgesprochen. Gen. Kimig, Mühlheim führt aus, daß dieser Verbandstag ohne Nebenfreiheit gewesen wäre aus Angst vor dem Schützengraben. Alle Verbandsorgane hätten acedigigt: „Durchhalten, Durchhalten, Durchhalten.“ Bismarcks Politik wäre durch den Sozialismus vorkendert worden. Koole und seine Kollegen haben es fertig gebracht, die Arbeiterkraft für das Kapital im Blute würgen zu lassen.

Frau Langwig, Berlin erörterte die Frauenfrage und dann die Januarvorgänge.

Schulz, Berlin verlangt Klarheit über die Tendenz des Fabrikarbeiterverbandes. Entweder Großenpolitik oder Ablegung der alten Wirtschaftsordnung durch die rein sozialistische.

Gen. Werner, Braunschweig kritisierte die Inkonsequenz der Gewerkschaften in der Kriegspolitik. Das Bestreben, den Klassenkampf aufzunehmen, sei nicht vorhanden. Jeder Beamte und Angestellte lehne sich nach Verbandsruhe.

Werner wies die Angriffe Reimanns zurück und stellt fest, daß die Frage der Sozialisierung eine Gewerkschaftsfrage ist. Die Affäre Dühmann-Müller beweise, daß auch die revolutionären Geister nicht schneller zum Ziele gelangten.

Gewerkschaftliches

Angestelltenräte und Betriebsräte der Metallindustrie

Zeitlich ist die Gruppensammlung der Metallindustrie in der Presse für Freitag, den 16. d. Mts. festgelegt worden. Dieselbe findet erst nächste Woche statt. Genauer Termin wird noch bekannt gegeben.

Neuzeitlich Groß-Berlin, Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung.

B... Beschränkung bei Adm. Poewe u. Co. Der Betriebsrat dieser Firma schreibt: „Das Gespinnst der Betriebsbeschränkung infolge schlechter Beseitigung mit Rohmaterialien mit allen seinen bitteren Folgen ist bezeichnenderweise wieder für obigen Betrieb zu Lasten geworden. Hat die Arbeiterkraft erst vor kurzem die Verdiensteinbuße infolge Kohlenmangels ertragen müssen, so müssen schon wieder einzelne Berufsgruppen — vorwiegend zum größten Teil aus der Formerei — Rückschlüssen erleiden. Es fehlt an Rohstoffen, es fehlt an Koks. Eine Kommission, die bei der Direktion vorstellig wurde, mußte sich überzeugen, daß von Selbst der Firma alles versucht würde, um die Rohmaterialien zu beschaffen, ohne den geringsten Erfolg zu zeitigen. Außer der bisher erlittenen Einbuße des Verdienstes der davon betroffenen Arbeiterkraft, ist es bemerkenswert, daß ein derartig wichtiger Betrieb überhaupt nicht in erster Linie von den maßgebenden Stellen mit Rohmaterialien versehen wird. Es gibt keinen Betrieb in Berlin und Umgebung, der so unter den gelichtesten Zuständen zu leiden hat. Hoffentlich schafft hier das Wirtschaftsministerium Wandel.“

Achtung, Baugewerbe! Gruppe 2. Bau- und Steinindustrie. Die Versammlung der Betriebsräte, Betriebsobleute und Baudelegierten findet am Donnerstag, den 15. Juli, abends 7 Uhr, in den Andreas-Festhallen, Andreasstr. 21, statt. In Frage kommen die Organisationen der Architektur, Bauarbeiter, Zementarbeiter, Dachdecker, Glaser, Maler, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter, Steinseher, Töpfer und Zimmerer. Tagesordnung: 1. Vortrag: Wirtschaftspolitik und Gewerkschaften. Referent: Dr. Hedert. 2. Wahl der Organe. Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Berlin S.O. 16, Engelauer 15. Fernspr. Amt Köthigsplatz Nr. 4093. Der Vorstand.

Stofarbeiter. Wir machen hiermit allen Stofarbeitern Deutschlands bekannt, daß fernerhin die Vermittlung von Arbeitskräften nach allen Plätzen des In- und Auslandes nur durch den Zentralarbeitsnachweis der Stofbranche vor sich gehen darf.

Jeder Kollege, welcher durch andere Vermittlung Arbeit nach einem anderen Ort annimmt, hat die sich dadurch ergebenden Konsequenzen zu tragen.

Wir eruchen daher, unseren Bessungen nachzukommen. Die Ortsverwaltungen und Sektionsleiter der Stofbranche des In- und Auslandes eruchen wir, in diesem Sinne auf die Kollegenchaft einzuwirken und fernerhin bei Bedarf von Arbeitskräften sich an uns zu wenden. Die Zentralkommission der Stof-, Schirm- und Bekleidungsbranche.

Zuschriften sind zu richten an B. Neumann, Neutölln, Kaiser Friedrichstr. 49.

Weitergerühbauer. Der Lohn beträgt ab 1. Juli 1920 0,90 M. pro Stunde. Sollten in Betrieben Differenzen entstehen, so wenden sich die Kollegen an Herrn Walter O. Pettefoster Str. 25, 3 Tr., Adolf Rechner, H., Köcher Straße 36, partiere oder in der am Sonntag, den 18. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Rob. Siemer, Rummelsburg, Schiller-Ede Kanitz, freitagsenden Versammlung. Die Branchenleitung.

Geschoßfabrik Spandau. Alle im vorigen Jahre am 24. Mai entlassenen Genossen und Genossinnen treffen sich Freitag, den 16. Juli, von 6-8 Uhr abends, im Lokal Sander, Triftstraße 45.

Möbeltransportarbeiter. Alle Betriebsräte und Obleute genaue Adresse, Organisationszugehörigkeit, sowie Firma, Sport an Kollegen A. George, Zimmer 34, Gewerkschaftshaus, mitteilen. Deutscher Transportarbeiter-Verband. Betriebsräte und Obmänner! Heute 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4. Engelauer 14-15, Versammlung aller im Transportarbeiter-Verband organisierten Betriebsräte und Obmänner. Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch und Ausweis als Betriebsratsmitglied.



Antwort an das Exekutivkomitee*)

(Schluß)

Von diesen Grundfragen aus ist auch die Frage des Bürgerkrieges zu behandeln. Daß die Bourgeoisie zum Bürgerkrieg rüstet, ist uns ebenso wenig neu wie die Tatsache, daß die Formen der Demokratie von der Bourgeoisie ausgenutzt werden, um die Diktatur der bestehenden An das Exekutive der Kommunistischen Internationale 6 Klassen gegen das Proletariat auszuüben. Es beruht wiederum auf einer völligen Verleugnung unserer politischen Kampfmethoden, wenn uns unterstellt wird, daß wir den Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter beflügen, ihn verurteilen, ihn fürchten und uns mit „süßlichen, Kleinbürgerlichen sentimentalen Phrasen“ über die Entscheidung dieser Frage hinwegsetzen. Diese Darstellung ist unwahr und ungerecht. Wir schließen keineswegs die Augen vor der Gefahr des Bürgerkrieges, zu dem die Bourgeoisie rüstet, jedoch gilt unsere Hauptaufmerksamkeit der Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats, der Schaffung einer einheitlichen proletarischen Front zur Abwehr der drohenden konterrevolutionären Gefahren. Wir haben aber keine Veranlassung, durch Deklamationen über den kommenden Bürgerkrieg der Konterrevolution einen günstigen Resonanzboden in freien unangefochtenen Kreisen der Bevölkerung zu schaffen und der Provokationspolitik der militärischen Kamarilla Vor- schub zu leisten. Völlig unerfindlich ist es uns, wie das Antwortschreiben des Exekutivkomitees zu der Behauptung kommen kann, wir wendeten uns „heuchlerisch (oder feige) ab von der Bildung einer Roten Garde, einer Roten Armee der Proletariat, die fähig wäre, den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken“. Die russischen Genossen sollten aus ihren eigenen Erfahrungen wissen, daß die Bildung einer Roten Armee nur möglich ist, nachdem das Proletariat die politische Macht erobert hat. In dieser Frage kommt die völlige Unangenehmigkeit der Kritiker über die militärischen und politischen Machtverhältnisse in Deutschland zum Ausdruck.

Besonders häufig lehrt der Vorwurf gegen uns wieder, daß wir nicht den Gedanken propagierten, der gesamte bürgerliche Staatsapparat müßte zerstört werden, in Stücke geschlagen werden. Wieder erscheint in diesem Vorwurf der Abstand der Verhältnisse, in denen die deutsche und die russische Revolution sich vollziehen. Auch unsere Partei lehrt auf dem Standpunkt, daß die politische Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zertrümmert, beseitigt ist. An ihre Stelle tritt das politische Rätesystem, die weitere Wirksamkeit des politischen und ökonomischen Rätesystems bedeutet die Umwandlung und Neugestaltung der gesamten gesellschaftlichen Organisation. Dieser Prozeß ist in Deutschland mit seinem hochentwickeltesten Wirtschaftsleben und seiner weitverzweigten Verwaltung viel komplizierter als im vorwiegend agrarischen Rußland und für seine Durchführung sind in Deutschland andere ökonomische Vorbedingungen gegeben. In Rußland konnte die Zertrümmerung des bürgerlich-staatlichen Apparates, die parallel mit der Zertrümmerung der alten Formen der Wirtschaft vor sich ging, sich vollziehen, weil die städtische Bevölkerung nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Gesamtbevölkerung bildet, während die große Masse der Bauernschaft, weder in wirtschaftlicher noch in politischer Hinsicht durch den Gang der Revolution beeinträchtigt, der Auflösung des Staats- und Wirtschaftskörpers keinen Widerstand entgegensetzte. Der komplizierte Mechanismus eines Industrielandes jedoch vertritt auch in revolutionären Zeiten nicht jene ökonomischen Methoden wie der robuste Körper eines Agrarlandes. Auch die proletarische Revolution muß ihm vor allem die Kontinuität des gesellschaftlichen Produktions- und Zirkulationsprozesses zu sichern suchen, wenn sie sich nicht selbst schwächen will. Aus dieser grundlegenden Tatsache ergeben sich für die revolutionären Parteien der westeuropäischen Länder bei der Aufrichtung der proletarischen Diktatur weit schwierigere und kompliziertere Aufgaben als für die Kommunisten Rußlands.

Entsprachen die Methoden der proletarischen Diktatur in Rußland den eigenartigen Formen der russischen Revolution, so müssen die Formen der proletarischen Diktatur in Westeuropa der ganzen Kompliziertheit des wirtschaftlichen und staatlichen Aufbaues der hochentwickeltesten kapitalistischen Länder entsprechen.

Diese Feststellung bedeutet keineswegs, daß wir vor der Größe unserer Aufgabe zurückschrecken, an die revolutionären Energien des Proletariats nicht appellieren, die Klassen durch die Aufklärung der Schwierigkeiten einzuschüchtern trachten und ihr Heil in reformistischem Fildwert am kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsleben suchen. Diese Vorwürfe sind ebenso unbegründet wie alle vorherigen. Eben weil wir uns der Größe unserer Aufgaben, aber auch der Schwere unserer Verantwortung bewußt sind, betrachten wir es als unsere Pflicht, das Proletariat auf die ungeheure Last der zu bewältigenden Aufgaben hinzuweisen. Wir wollen kein sozialistisches Bewußtsein steigern, seine Kampfbereitschaft stärken. Denn nicht allein und ausschließlich die Hoffnung auf die im Prozeß der Revolution sich erschließenden Kraftquellen, sondern vor allem die Gewißheit der nicht zu missenden bewußten Unterstützung und planmäßigen sozialistischen Arbeit der breiten proletarischen Massen bietet in den schwierigen Verhältnissen der sozialen Revolution Westeuropas die Gewähr dafür, daß der Sozialismus zum Siege gelangen wird.

In dem Prozeß der Sammlung der proletarischen Kräfte, ihrer Schulung und Vorbereitung und der sorgfältigen Steigerung der revolutionären Energie bedeutet es für das Proletariat Deutschlands keinen Gewinn, wenn ihm statt der objektiven Erfahrungen der russischen Revolution starre theoretische Formeln und schematische Methoden, die der anders gearteten Inhalt der sozialen Umwälzung anderer Länder ignorieren, als Richtschnur empfohlen werden. Ein derartiges Verhältnis ist nicht nur geeignet, den Zusammenschluß aller auf dem Boden der proletarischen Diktatur und der Verwirklichung des Sozialismus stehenden Parteien zu erschweren, es birgt auch die Gefahr in sich, daß die Entwicklung der Revolution in den einzelnen Ländern durch die Annahme fremder Schablonen und Vorschriften gehemmt werden könnte. So proklamiert das Exekutivkomitee bestimmte Zwangsmassnahmen, die Begleiterscheinungen der russischen Diktatur sind, wie die Beschränkung der Presse- und der Versammlungsfreiheit zum allgemeinen Prinzip der sozialen Revolution. Auch hier gilt, daß die soziale Revolution in jedem Lande die geschichtliche Entwicklung und die soziale Struktur dieses Landes berücksichtigen muß. Was in Rußland vielleicht notwendig war, könnte bei der an persönliche Freiheit und Selbstbetätigung gewöhnten Bevölkerung in den Ländern des Westens sich unter Umständen gegen das Proletariat und die Revolution wenden. Wer vermöchte alle Einzelheiten der proletarischen Diktatur voraus zu bestimmen, die für die Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus in Betracht kommen? Ueber die Durchlöcherung und Bedrohung der Pressefreiheit und des Versammlungsrechts durch den Kapitalismus bestehen natürlich keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Kommunistischen Internationale. Unser Leipziger Aktionsprogramm sieht für diese Frage die Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für das Anzeigen- und Werbewesen vor. Was darüber hinaus zu geschehen hat, wird sich finden.

Was die Agrarfrage betrifft, so müssen wir zu unserem Erstaunen feststellen, daß das Exekutivkomitee dem revolutionären Proletariat Deutschlands Methoden empfiehlt, die einen direkten Rückfall in längst überwundene kleinbürgerliche Gedankengänge bedeuten. So wird uns empfohlen, den Kleinbauern klar zu machen, „daß das Proletariat nach der Eroberung der Staatsmacht unverzüglich auf Kosten der exproprierten Großgrundbesitzer ihre Lage verbessern, sie vom Joch der Großgrundbesitzer befreien, ihnen als einer Klasse große Güter geben, sie von den Schulden befreien wird usw.“ Dieser Vorschlag bedeutet nichts anderes, als die Ablehnung unserer marxistischen Auffassung, wonach der Großgrundbesitz sofort sozialisiert, d. h. vergesellschaftet und gemeinwirtschaftlich bearbeitet werden soll. Statt dessen soll nun den Kleinbauern gesagt werden, daß sie die großen Güter erhalten, von den Schulden befreit werden usw. Das bedeutet die Preisgabe der Interessen des Proletariats zu-

gunsten der Bauernschaft, bedeutet ungewollt die Uebersetzung der russischen Verhältnisse, wo der Grund und Boden den Bauern übergeben worden ist, auf Deutschland, dessen soziale und wirtschaftliche Entwicklung durch eine derartige Maßnahme auf das schwerste beeinträchtigt werden könnte.

Die U.S.P. und die Internationale

Auf dem Leipziger Parteitag hat die Unabhängige Sozialdemokratie so gut wie einmütig mit der 2. Internationale gebrochen. Auch jene Genossen, die von der Moskauer Exekutive zu den „rechten Führern“ unserer Partei gerechnet werden, lehnten dort die 2. Internationale ab. Wenn sie trotzdem zunächst die Befehlsgebung des Genfer Kongresses der 2. Internationale wünschten, so nur zu dem Zweck, um auf dem Kongreß vor den sozialistischen Sektionen der anderen Länder die arbeiterfeindliche Haltung der Nationalsozialisten zu entlarven und zu brandmarken. Eine schärfere Verurteilung der 2. Internationale als der radikale Bruch mit ihr, ist nicht denkbar. Damit fallen alle Anklagen des Moskauer Exekutivkomitees gegen unsere Partei, nach denen wir die Verderblichkeit „jenes Reformismus, der tatsächlich in der 2. Internationale vorherrschte und sie zugrunde gerichtet hat“, verbunkeln und verhüllen und nicht im Bewußtsein der Massen vertiefen und entwickeln. Ebenso sieht jener Vorwurf, daß die Führer unserer Partei Versuche unternommen haben, „eine vierte, eine Bastardinternationale, zu gründen“, im trassesten Gegensatz zu den Tatsachen. Das beweisen in unanschätzbare Weise die Verhandlungen über diese Frage auf dem Leipziger Parteitag und der Bericht über unsere Bemühungen zur Durchführung des Beschlusses unseres Parteitages in der Frage der Internationale. Wir haben sofort nach dem Leipziger Parteitag, am 15. Dezember 1919, die 3. Internationale erlucht, mit uns wie mit allen sozialrevolutionären Parteien, die dazu bereit sind, wegen des Zusammenschlusses mit der 3. Internationale zu verhandeln. Noch bevor die Antwort des Exekutivkomitees der 3. Internationale (die wir erst am 9. April 1920 erhielten), in der wir aufgefordert werden, nach Rußland zu kommen, bei uns eingetroffen war, hatten wir beschlossen, eine Kommission nach Moskau zu schicken. Wir dürfen hoffen, daß sie mit guten Resultaten für die Schaffung einer geschlossenen internationalen Front des klassenbewußten revolutionären Proletariats aller Länder heimkehrt.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Groß-Berlin

Zur Kartoffelnot

Der freie Handel mit Kartoffeln, der in den nächsten Monaten eintreten soll, wirft seine Schatten voraus. Die Preise für ausländische Kartoffeln sind in schwindelnde Höhe getrieben. Hierfür gibt es keine Höchstpreise. Und weil hiesige Kartoffeln nur in geringen Mengen heranrollen, benützt spekulative Händler die Gelegenheit, um aus der Mark Kartoffeln hierher zu bekommen, die dann für 1,80—2 M. pro Pfund als ausländische Kartoffeln verkauft werden. Das empört die Bevölkerung aufs höchste. Gestern erließen zahlreiche Frauen im Rathaus, um über unzureichende Praktiken von Kartoffelhändlern Klage zu führen. Es wurde sofort veranlaßt, daß Mitglieder von Preisprüfungsstellen genaue Feststellungen machen.

Der Magistrat befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Kartoffelnot. Es steht zu hoffen, daß in nächster Woche zwei Pfund Kartoffeln abgegeben werden können, außerdem sollen aber Nahrungsmittel gegeben werden, wie Haferflocken und Gries u. a.

Ferner muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Kartoffelbelieferung in nächster Zeit Sache des freien Handels wird. Die Stadt legt sich nur eine Reserve für Notzeiten hin, um bei Frost und Transporterschwerung mit ihrem Bestande eingreifen zu können. Die Kartoffelmarke fällt also fort. Der Großhandel organisiert jetzt den Einkauf

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Den 26. August.

Noch eine Gewohnheit habe ich aus dem Kriege mitgebracht, — nämlich früh aufzustehen. Die ganze Nacht wälze ich mich in der Decke herum, es scheint mir, als sei der Dwan unbehaglich, als sei das Bettzeug nicht gut gerichtet, als sei dieses der Grund meiner Schlaflosigkeit. In langen Reihen kommen die Gedanken herangestoben; mit offenen Augen starrt ich in das Dunkel der Nacht und denke endlos, ohne Ende.

Zu früher glaubte ich einmal, das größte Glück des Menschen sei seine Fähigkeit zu denken, dies ist doch eine wahrhaft göttliche Gabe. Man fliegt, ohne seine materielle Hülle zu fühlen, weit in die Höhe, erhebt sich über die Erde, umfaßt die ganze Welt, man ist frei, so mächtig, so unerschütterlich, und man fühlt, daß noch einige schwungvolle Flügelschläge genügen würden, um die Schranke zu durchbrechen, die vor einem gestellt ist. Dann wird man die verborgenen Rätsel des Weltalls umfassen und das Geheimnis von Leben und Tod ergründen.

Ja, der Gedanke ist göttlich, er ist Gott selbst, da er ewig und unsterblich ist. Ich konnte mir niemals vorstellen, wie diese wunderbare Fähigkeit je verschwinden, zu Staub werden könnte. Und jetzt scheint es mir unmöglich, — der Schädel Alexander des Großen? Milliarden von Würmern, die im Gehirn herumkrabbeln? Gut, das stimmt ja alles, aber der Gedanke selbst ist nicht dort, er ist höher, als die Würmer, das Verwesene und die Zeit. Er ist unsterblich. Unsterblich? Aber wo? Ich weiß es nicht, der Schleier vor meinen Augen ist noch nicht gelüftet, aber ich fühle . . .

Jetzt aber fürchte ich die Gedanken; sie umgeben mich merkwürdig von allen Seiten und bewirken in mir, unabhängig von meinem Willen, eine wunderliche Arbeit; ich fürchte mich einfach vor ihnen, ich will sie vertreiben, aber sie kommen aufdringlich herbeigetragen, wirbeln, einander überholend, in meinem Gehirn herum und bilden, schnell, schnell aufladernden und wieder verschwindenden Funken gleich, ein

Chaos in meinem Verstande. Es dünkt mich, als müßte ich während langer Nächte in der Finsternis einen endlosen Faden auf einer Spindel spinnen; das monotone Surren des Rades dringt in meine Brust, bohrt sich quälend in mein Gehirn, und stehend drehe und drehe ich weiter, da ich verurteilt bin, zu drehen. Oh, könnte ich doch diesen Faden abreißen! Oh, könnte ich diese Spindel zerbrechen, dieses ewige Surren der Gedanken erdrücken, ersticken, und bloß einen kurzen, irdischen Augenblick absolute Ruhe und Leere des Grabes fühlen Kom höchsten Nichts erfahrt werden . . . ins Nirwana versinken . . .

Draußen fällt ein feiner, herbftlicher Sprühregen, der Herbst scheint schon sehr früh seinen Einzug feiern zu wollen Die Nachbarhäuser, die Dächer, Fenster, sind jetzt alle naß; es will mich bedünken, als weinte alles leise ringsum, als beweinte es etwas, das unwiederbringlich verloren ist, das nicht mehr zurückgerufen werden kann.

Unter allen Jahreszeiten ist in Rußland der Herbst besonders traurig, wenn diese grandiose, uferlose Steppe stirbt, wenn die bösen Winde durch ihre unbegrenzte Weite in Schiffe rauschen, wenn es scheint, als vergesse der graue, so tief herabgesunkene Himmel untröstliche Tränen über jemandes freudloses Sterbeschicksal Beklemmende Wehmut erfüllt unwillkürlich die Brust, und da diese Wehmut nicht zu vertreiben ist, so möchte man mehr davon heftiger sollte das Herz einen schmerzen . . . die Augen in Strömen bittere Tränen vergießen . . .

Ob ich dich liebe, du russischer Herbst? Ja, ich liebe dich, du Trauriger, du Betrübter, du, der du meine Hoffnungen auf lange begräbst, ich liebe alles heiß, ich fühle . . . weil du mein bist, weil du in mir bist

In der Stadt hat sich die Nachricht von meiner Ankunft schnell verbreitet. Die Zeitungen haben mitgeteilt: Unser berühmter Schriftsteller, der seit Beginn des Krieges im Dienste der Sanität auf dem Schlachtfelde tätig war, ist zurückgekehrt. Sie schreiben Lößliches von mir, sie erwarten etwas von mir. Mein genialer Verstand — schreiben sie schwülzig — muß dem russischen Volke neue Meisterwerke bescheren. —

Bitter lach ich sowohl über sie, als über mich selbst. Sie sind entweder naiv oder dumm, und ich bin ein Feigling,

ein Nichtswürdiger, weil ich nicht auf die Straße trete, nicht auf den Turm steige und nicht laut, daß es die ganze Welt hört, rufe:

„Hört ihr Menschen, hört ihr Brüder, Stepanoff besitzt nichts mehr; früher hat er gelogen, er hat euch schamlos betrogen, jetzt ist er aber arm, ganz bettelarm, er hat gar nichts mehr.“

Und weshalb tue ich es eigentlich nicht? Sollten mich wirklich die Lobpreisungen der Zeitungsreporter davor zurückhalten? Oder sollte ich wieder diesen billigen Applaus der dummen Menge und der müßigen Damen, die mich um Liebes-Rendezvous bitten, herbeiwünschen? Oder sollte es mir schließlich leid tun, auf die Unmenge Geld zu verzichten, die früher, dank meinen Büchern, in goldenen Strömen in meine Tasche floß?

Bowatschka ist nicht im Kinderzimmer. Ich sehe im Speisezimmer, in der Küche nach, es ist alles leer. Ich gehe die Haupttreppe hinunter und blide durch die Seitentüre unter den großen Torbögen; ich denke mir dabei, daß die Wärterin den Knaben vielleicht mit sich genommen hat.

Auf einem altertümlich dunkel gewordenen Holztaburett sitz, mit dem Rücken zu mir gewandt, der gute Mensch; mit einer Hand hält er Bowatschka, der auf seinem Knie hockt. Ich sehe das Gesicht des Kindes im Profil; die rechte Hand hat er auf die Schulter des guten Menschen gelegt, da er nicht seinen Hals umfassen konnte, die Hand reichte nicht so weit.

„Und nun“, höre ich die gleichmäßige Stimme des guten Menschen, „sagte die Königin: Nimm dein stinkes Kopf, du braver Held, und reite bis du zum Waide kommst . . . Und sieben Tage und sieben Nächte, verstehst du, Bowa, mußt du immer durch den Wald. Was du auch hören magst, behüte dich Gott, dich umzusehen! Sonst wirst du zu Stein. Und es reitet, es reitet der brave Held, und sieht in der Ferne die Sonne aufgehen, verstehst du? des Morgens . . .“

Leise, um nicht zu stören, trete ich an den guten Menschen heran: ein merkwürdiger Ausdruck liegt auf seinem Gesicht, als sei er ganz hingekifft, als erbe er ein Märchen, er ist vollkommen in den träumerischen Zustand versunken, wo die Grenzen zwischen Realität und Phantasie verschwinden.

(Fortsetzung folgt.)

*) Siehe „Freiheit“ Nr. 272, 274 und 276.

